

#WerteEU

Die Europäischen Werte und Grundrechte achten



- Regelmäßige Überprüfung von Freiheit und Rechtsstaatlichkeit in den Mitgliedstaaten durch einen unabhängigen Expertinnen- und Expertenrat

- Bei Verstößen eines Mitgliedstaates gegen rechtsstaatliche Standards sollen Zuwendungen aus dem EU-Haushalt spürbar gekürzt werden

- Fördermittel der EU sollen an die Einhaltung demokratischer und rechtsstaatlicher Grundwerte gebunden werden
- Einrichtung einer „Kopenhagener-Kommission“ bestehend aus Verfassungsexpertinnen und -experten zur regelmäßigen Überprüfung der Einhaltung demokratischer Grundsätze in den Mitgliedstaaten
- Die Europäische Grundrechtecharta soll auch auf nationaler Ebene verbindlich werden, um Grundrechte einklagbar zu machen und besser verteidigen zu können
- Europas Werte der Grundrechtecharta sollen als Fundament der EU mit einem arbeitsfreien Feiertag gewürdigt werden
- Europaweite, ständige, systematische Erfassung von Straftaten gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit

- Der Rechtsstaatsmechanismus nach Art. 7 EUV soll durch Konditionalitätsklauseln gestärkt werden, um die Verteilung finanzieller Mittel an die Mitgliedstaaten von der Beachtung europäischer Werte abhängig zu machen
- Ein systemisches Vertragsverletzungsverfahren soll zur Bündelung spezifischer Verfahren gegenüber einem Mitgliedstaat eingeführt werden
- Die Agentur der EU für Grundrechte (FRA) soll durch ein Mandat zur politischen Bewertung der Menschenrechtslage in den Mitgliedstaaten aufgewertet werden
- NGOs, die sich gegen Diskriminierung einsetzen, sollen stärker von der EU gefördert werden

- Der Rechtsstaatsmechanismus soll bei Verstößen durch einzelne Mitgliedstaaten weiter gestärkt und strikt angewandt werden
- Bei Regelbrüchen einzelner Mitgliedstaaten gegen die Grundwerte sollen finanzielle Sanktionen im EU-Haushalt geschaffen werden, um EU-Fördergelder streichen zu können
- Stringente Einforderung der europäischen Grundwerte gegenüber Ländern innerhalb und außerhalb der EU
- Kontakte zur Zivilgesellschaft in den Mitgliedstaaten sollen genutzt werden, um die Verteidigerinnen und Verteidiger europäischer Grundwerte zu unterstützen

- Die Lage von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Grundrechten in der EU soll regelmäßig länderspezifisch evaluiert und bei Verstößen sanktioniert werden
- Soziale Rechte müssen beim Europäischen Gerichtshof von einzelnen Personen einklagbar sein
- Empfehlungen der Kommission gegen Rassismus und Intoleranz und der Agentur für Grundrechte der EU müssen in den Mitgliedstaaten umgesetzt und sanktioniert werden
- Finanzielle Stärkung europaweiter Programme, die Mittel für Initiativen und Projekte gegen Rassismus und Diskriminierung bereitstellen

#DemokratieEU

Europäische Demokratie und Parlamentarismus stärken



- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Das Ergebnis des Spitzenkandidatenprozesses soll bindend sein
- Einsetzung eines unabhängigen Europäischen Normenkontrollrates zur Abschätzung der Kosten der Bürokratie und der Wahrung des Subsidiaritätsprinzips im Vorfeld von neuen Regelungen
- Rüge bei Verletzung der Subsidiarität und Verhältnismäßigkeit ausbauen
- Stärkung des Ausschusses der Regionen und Kommunen
- Enge Abstimmung in europapolitischen Fragen mit Frankreich
- Zusammenarbeit auf Augenhöhe mit ost- und mitteleuropäischen Partnern
- Stärkung der europäischen Zusammenarbeit in Grenzregionen

- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Echte europäische Spitzenkandidatinnen/ Spitzenkandidaten
- Einführung europäischer Wahllisten und eines Zweistimmen-Wahlsystems
- Wahlalter bei den Europawahlen und Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre herabsetzen
- Mehrheitsprinzip bei allen Entscheidungen im Ministerrat

- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Unterstützung der europäischen Spitzenkandidatinnen/ Spitzenkandidaten und transnationalen Listen bei den Europawahlen
- Wahlalter bei den Europawahlen und Europäischen Bürgerinitiativen auf 16 Jahre herabsetzen
- Der Rat soll in eine zweite Kammer überführt werden und zusammen mit dem Europäischen Parlament die Legislative bilden
- Erfolgreiche Europäische Bürgerinitiativen sollen zu Gesetzesvorschlägen führen und das Europäische Parlament dazu verpflichtet werden, über das Ziel der Initiative im Plenum abzustimmen
- Kommunen und Regionen sollen regelmäßig in Konsultationen, Anhörungen und Feedbacks in Gesetzgebungsverfahren sowie beim Design von Förderprogrammen einbezogen werden
- Es soll eine breite Diskussion über Unionsmodelle wie die Vereinigten Staaten von Europa, den föderativen Bundesstaat oder die Europäische Republik geführt werden

- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Wahl des Europäischen Parlaments nach einem einheitlichen Wahlrecht mit staatenübergreifenden Listen und Spitzenkandidatinnen/Spitzenkandidaten
- Der Rat soll transparent als zweite Kammer agieren
- Bürgerdialoge, Hausparlamente und demokratische Konvente sollen von der EU gefördert werden, wobei eine regionale Ausgewogenheit berücksichtigt und lokale Organisationen einbezogen werden sollen
- Verschiedene Tiefen und Geschwindigkeiten der Integration ermöglichen: verstärkte Zusammenarbeit in der Außen- und Verteidigungspolitik sowie der inneren Sicherheit
- Vertiefung der deutsch-französischen Zusammenarbeit und gleichzeitige Stärkung des Weimarer Dreiecks zwischen Frankreich, Deutschland und Polen
- Einberufung eines Europäischen Konvents für eine neue Europäische Verfassung

- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Beibehaltung des Spitzenkandidatenprinzips bei den Europawahlen
- Ergebnisoffene Bürgerdialoge zur Zukunft Europas mit repräsentativen Querschnitten der Gesellschaft durchführen
- Stärkung der Europäischen Bürgerinitiative und Möglichkeit verbindlicher europaweiter Bürgerentscheide schaffen
- Enge Absprache mit Frankreich, aber auch die Partnerschaft zwischen Deutschland und Polen durch den Ausbau des Dialogs zwischen den Zivilgesellschaften stärken
- Einführung von Volksentscheiden zu europapolitischen Fragen auf Bundesebene mittels eines digitalen Abstimmungssystems
- Verschiedene Geschwindigkeiten der Integration: verstärkte Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik

- Initiativrecht für das Europäische Parlament
- Im Bereich der Wirtschafts- und Währungsunion soll das Parlament gleichberechtigt zu Rat und Eurogruppe entscheiden können
- Alleiniges Haushaltsrecht des Europäischen Parlaments für seine Zuständigkeiten
- Ausbau der Europäischen Bürgerinitiative zu einer vollgültigen EU-Bürgergesetzgebung
- Verbindliches Mitspracherecht der Regionen in der EU-Investitions-, Struktur- und Förderpolitik
- Entwicklung einer Verfassung für Europa durch einen Verfassungskonvent

- Abschaffung des Europäischen Parlaments
- Keine Abkehr vom Einstimmigkeitsprinzip
- Ein Europa der Nationen als Wirtschafts- und Interessengemeinschaft souveräner Staaten
- Austritt Deutschlands oder geordnete Auflösung der EU, sofern Reformansätze der AfD nicht in angemessener Zeit verwirklicht werden

#PluralismusEU

Pressefreiheit und demokratischen Wettbewerb europaweit stärken



- Bessere Vernetzung der Medienplattformen der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten mit ihren europäischen Partnern zu europäischen Digitalplattformen
- Einfacherer Zugang zu europäischen Digitalplattformen
- Vielfalt aller Sprachen in Europa schützen
- Nutzung der deutschen Sprache in Europa und in den EU-Institutionen stärken

- Öffentlich-rechtliche Medien stärken
- Europaweite Plattform für vorhandene öffentlich-rechtliche Inhalte schaffen und um genuin europäische Inhalte ergänzen
- In europäischer Kooperation öffentlich-rechtliche Fernsehangebote auf Russisch, Türkisch und Arabisch entwickeln

- Förderung unabhängiger Medien in der EU-Förderpolitik durch Förderung des Wettbewerbs oder durch einen Fonds für investigativen Journalismus
- Unterstützung der Zivilgesellschaft durch einen Fonds für Demokratie- und Menschenrechtsverteidigerinnen und -verteidiger innerhalb der EU

- Für mehr Medien-Öffentlichkeit für Europa bedarf es europäisch aufgestellter Medien, die mehrsprachig senden

- Stärkung der regionalen Medienlandschaft und Erhalt regionaler Tageszeitungen, lokaler Rundfunk- und Fernsehsender sowie lokaler Internetmedien
- Aufbau eines europäischen Zentrums für Sprachenvielfalt im Bereich der Regional- und Minderheitensprachen, um ihren Fortbestand zu sichern

- Einrichtung einer föderierten EU-weiten Mediathek der verschiedenen öffentlich-rechtlichen Anstalten mit mehrsprachigen Inhalten
- Schaffung eines europäischen Systems, das bei Verletzung der Pressefreiheit und Gewalt gegen Journalistinnen und Journalisten gegenüber Mitgliedstaaten reagiert

#BildungEU

Europäisches Bewusstsein stärken, Europa bilden



- Deutliche Erhöhung der Mittel für Erasmus+
- Fortführung der Ausbildungsgarantie für Jugendliche
- Werbung für die flächendeckende Einführung der dualen Ausbildung in den Nachbarstaaten
- Europäisches Bildungsangebot auch für ältere Menschen und lebensbegleitendes Lernen
- Kostenloses Interrail-Ticket für alle 18-Jährigen
- Unterstützung der Bildung europäischer Hochschulnetzwerke
- Bessere Vernetzung der europäischen öffentlichen National- und Staatsbibliotheken unter dem Dach einer europäischen digitalen Bibliothek

- Erasmus+ und Europäischen Solidaritätskorps strukturell ausbauen und Erasmus+ auch für Auszubildende öffnen
- Jugendgarantie mit einem Sofortprogramm, das Menschen unter 25 Jahren einen Ausbildungsplatz garantiert, aufstocken
- „Europäischer Kulturscheck“ für Jugendliche in Form eines Gutscheinsystems für besseren Zugang zu Kultureinrichtungen
- „Jugend-Check“ zur Prüfung geplanter Gesetzesvorhaben hinsichtlich ihrer Auswirkungen auf junge Menschen einführen

- Erasmus+ und der Europäische Jugendfreiwilligendienst sollen allen jungen Menschen unabhängig von der finanziellen Situation ihrer Eltern gewährt werden
- Anerkennung von Universitätsabschlüssen, Berufsausbildungen, Fort- und Weiterbildungen innerhalb Europas in jedem Land der EU
- Aufbau einer europäischen Zentrale für politische Bildung
- Gründung Europäischer Universitäten
- Weiterentwicklung der Jugendgarantie zu einem dauerhaften und besser finanzierten Instrument sowie für eine faire Entlohnung von Praktika und Ausbildungen
- Einrichtung eines Europäischen Jugendparlaments, das das Europäische Parlament berät

- Erasmus+ und den Europäischen Freiwilligendienst ausbauen
- Einführung der Bildungsfreizügigkeit als neue Grundfreiheit: Möglichkeit der beruflichen Ausbildung in jedem EU-Land und mindestens sechsmonatiger Aufenthalt in einem anderen Mitgliedstaat für alle Schülerinnen und Schüler
- Gegenseitige Anerkennung von Bildungsabschlüssen, Ausbildungen, Praktika und Traineezeiten
- Gemeinsamer Berufsausbildungsmarkt zur Bekämpfung von Jugendarbeitslosigkeit
- Gründung einer Europäischen Ausbildungsagentur
- Aufbau effektiver Systeme in den Mitgliedstaaten zur Vermittlung von Jobangeboten und arbeitsmarktorientierten Weiterbildungsmaßnahmen
- Einrichtung eines europäischen Jugendwerks zur Förderung des bi- und multilateralen Austauschs von Kindern und Jugendlichen

- Erasmus+ finanziell besser ausstatten und strukturell vereinfachen
- Ausbau der beruflichen Bildung und der Erwachsenenbildung
- EU-Jugendstrategie stärken und mehr Chancengleichheit für junge Menschen im Bildungswesen und auf dem Arbeitsmarkt schaffen
- Europaweites duales Ausbildungssystem und bessere Mobilität junger Menschen in Europa
- Stärkung europäischer Jugendverbände und des grenzübergreifenden Austauschs der Zivilgesellschaft

- Gelder für Erasmus+ verzehnfachen
- Mittel der Jugendgarantie erhöhen
- Ausbau der EU-Förderprogramme für den Austausch von Lehrenden und Lernenden über Landesgrenzen hinweg

- Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse muss den Nationalstaaten vorbehalten bleiben
- Wiedereinführung der Diplom- und Magisterstudiengänge

#GenderEU

Vorreiterin bleiben: Gleichstellung auf allen Ebenen



- Bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf für Frauen und Männer

- Verbindliche Ziele und ein EU-weites Lohngerechtigkeitsgesetz zur Behebung der Lohn- und Rentenlücke
- Die EU-weite Quote für Frauen in Aufsichtsräten aus dem Jahr 2012 soll endgültig beschlossen werden
- Paritätische Besetzung der Europäischen Kommission
- Die Istanbul-Konvention soll in allen Mitgliedstaaten ratifiziert und konsequent angewandt werden
- Verbindliche Strategie samt EU-Richtlinie zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen
- EU-Gesetzgebungsagenda zum Schutz gleicher Rechte und Chancen von LGBTIQ

- Europaweite Richtlinie zur Vergleichbarkeit von Tätigkeiten und Transparenz über Löhne und Gehälter
- Besetzung des Kollegiums der EU-Kommissarinnen/ Kommissare mindestens zu 50% mit Frauen und verpflichtende Parität für alle Führungsgremien der EU-Institutionen
- Umsetzung und Einhaltung der Istanbul-Konvention
- Alle politischen Maßnahmen sollen auf ihre Auswirkungen auf die Gleichstellung der Geschlechter überprüft werden
- Europaweite Anerkennung eingetragener Partnerschaften, gleichgeschlechtlicher Ehen und Regenbogenfamilien

- Der jährliche Bericht der Kommission zur Gleichstellung von Frauen und Männern soll künftig auch die Lage der Frauenrechte in der EU und die strukturelle Gewalt gegen Frauen erörtern
- Eine beim Europäischen Parlament angesiedelte, unabhängige Europäische Beauftragte für Frauenrechte soll eingesetzt werden

- Überwindung der europaweiten Lohndiskriminierung von Frauen
- Besserer Schutz für Opfer von Menschenhandel und Zwangsprostitution
- Geschlechtsspezifische Verfolgung und Gewalt müssen als Asylgrund anerkannt werden
- Das Transsexuellengesetz soll als Sondergesetz aufgehoben und in bestehendes Recht integriert werden

- Forschungsmittel, die bisher auf europäischer Ebene für die Genderforschung vorgesehen wurden, sollen gestrichen werden
- Andere Formen des Zusammenlebens als die Ehe zwischen Mann und Frau sind zu respektieren, damit aber weder gleichzusetzen noch zu fördern



- Mitgliedstaaten sollen für die sozialen Sicherungssysteme, Regulierungen zum Mindestlohn oder die Altersvorsorge selbst verantwortlich bleiben
- Eine gemeinsame Arbeitslosenversicherung wird abgelehnt
- Das Kindergeld für Eltern aus anderen Mitgliedstaaten der EU soll auf dem Niveau des Landes, in dem ihre Kinder leben, gewährt werden
- Die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in der EU soll verbessert und unbürokratisch gestaltet werden
- „Horizont Europa“ soll zu einem Innovationsbudget mit dem Label „Future made in Europe“ weiterentwickelt werden
- Innovation in Bereichen wie Klimaschutz, Medizin, Mobilität und Landwirtschaft entwickeln

- Einführung eines Rahmens für armutsfeste Mindestlöhne und adäquate Mindeststandards für nationale Grundversicherungssysteme
- Mindestlohn von 12 Euro in Deutschland und länderspezifische Mindestlöhne von mindestens 60% des nationalen Medianlohns
- Einführung eines europäischen Fonds als Rückversicherung für die Finanzierung von Sozialleistungen
- Festlegung allgemeingültiger verbindlicher Regeln für angemessene Arbeitsbedingungen sowie Gesundheit und Sicherheit
- Mindeststandards zur Mitbestimmung für alle Unternehmen europäischen Rechts
- Stärkung der Rechte europäischer Betriebsräte
- Die Europäische Säule sozialer Rechte soll mit einer verbindlichen europäischen Sozialagenda umgesetzt werden
- Einrichtung eines Europäischen Innovationsrates (EIC) zur Förderung bahnbrechender Ideen und Konzepte
- Es sollen Fonds für faire Transformation eingerichtet werden, um Wirtschaftszweige, die vor einem tiefgreifenden Strukturwandel stehen, durch industrie- und sozialpolitische Investitionen zu unterstützen

- Einführung einer europäischen Grundsicherungs-Richtlinie, die soziale Mindeststandards für jedes Land festlegt
- Mindestlohnrichtlinie zur Verhinderung von Lohndumping
- Rückversicherung der nationalen Arbeitslosenversicherung und europäische Basis-Arbeitslosenversicherung einführen
- Soziale Rechte sollen für alle Menschen in der EU garantiert werden, durchsetzbar und einklagbar gemacht werden

- Arbeitsmarktpolitik und soziale Sicherungssysteme weiter den Mitgliedstaaten überlassen
- Es sind massive öffentliche und private Investitionen in Bildung und Forschung sowie in Kommunikations- und Verkehrsinfrastruktur nötig

- Ablehnung einer Europäisierung der Sozialsysteme, sondern mehr gemeinsame Koordinierung ohne Kompetenzabgabe
- Es sollen soziale Rechte als Mindeststandards geschaffen werden, die allen europäischen Bürgerinnen und Bürgern zustehen

- Mindestlöhne, die zum Leben und für eine armutsfeste Rente reichen
- Einrichtung einer europäischen Arbeitslosenversicherung, die im Krisenfall die Sozial- und Arbeitslosen-systeme eines Krisenlandes stützt
- Ablehnung einer Kürzung des Kindergeldes für die im Heimatland verbliebenen Kinder von außerhalb ihres Heimatlandes Beschäftigten
- Stärkung der Europäischen Arbeitsbehörde mit Initiativ- und Sanktionsrechten bei Verstößen gegen Beschäftigten-Rechte
- EU-weite Mindeststandards zur Beteiligung der Beschäftigten in Unternehmen
- Stärkung Europäischer Betriebsräte
- Die Umsetzung der Entsende-richtlinie muss konsequent kontrolliert und durchgesetzt werden
- Soziale Rechte müssen von jedem Menschen in der EU individuell einklagbar sein
- Einrichtung eines Fonds für soziale, inklusive, solidarische und ökologische Investitionen von über 500 Milliarden Euro im Jahr

- Ablehnung einer europäischen Arbeitslosenversicherung und Arbeitsagentur
- Die Höhe von Kindergeldzahlungen für Kinder, die nicht in Deutschland leben, ist an die Verhältnisse des Herkunftslandes anzupassen
- Der Anspruch auf Sozialleistungen für EU-Bürgerinnen und Bürger soll von einer mindestens zehnjährigen, durchgängig sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung abhängig gemacht werden

#HaushaltEU

Haushalt an gesamteuropäischen Prioritäten bürgernah ausrichten



- Beibehaltung der finanziellen Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik
- Einsatz von EU-Haushaltsmitteln für Zukunftsaufgaben mit europäischem Mehrwert

- Zu höheren Beiträgen Deutschlands zum EU-Haushalt bereit
- Schaffung eines gemeinsamen Eurozonenhaushalts

- Den EU-Haushalt auf 1,3% des europäischen Bruttoinlandsprodukts festlegen
- Einnahmen und Ausgaben des Mehrjährigen Finanzrahmens sollen sich an den übergeordneten Politikzielen und internationalen Vereinbarungen orientieren
- Verpflichtender Nachhaltigkeits-Check der einzelnen Haushaltlinien
- Gleichberechtigungs-Check des jährlichen EU-Haushalts in Form von Gender-Budgeting
- Der EU-Haushalt soll an die Legislaturperiode des Europäischen Parlaments angeglichen werden

- Sämtliche Sonderhaushalte in den EU-Haushalt eingliedern und Rabatte abschaffen
- Mittel für Forschung, Innovation, Digitalisierung, Migrationspolitik, Außen- und Verteidigungspolitik sollen erhöht werden

- Alle gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteure sollen unabhängig von ihrem Lobby-Budget gleichermaßen in die Haushaltsberatungen einbezogen werden

- Der deutsche Anteil an den EU-Ausgaben und Einnahmen soll jährlich im Bundeshaushalt eingestellt werden
- Gegen eine Aufstockung des Mehrjährigen Finanzrahmens und des EU-Haushalts
- Ablehnung von Gender-Budgeting zur Durchsetzung des Gender-Mainstreaming in den Haushalten der EU
- Der Mehrjährige Finanzrahmen soll auf die jeweilige Wahlperiode des Europäischen Parlaments begrenzt werden

#MigrationEU

Asylstandards gewährleisten, Fluchtursachen bekämpfen, Flüchtenden helfen



- Europäisches Asylrecht mit gemeinsamen Standards für die Anerkennung von Asyl und eine EU-weite Harmonisierung der Aufnahmebedingungen
- Fehlanreize sollen beseitigt und Asylbewerberleistungen europaweit angeglichen und auf ein Minimum beschränkt werden
- Europäische Transitzentren sollen den Asylgrund prüfen
- Einrichtung regionaler Aufnahmezentren in Nordafrika
- Tunesien, Algerien, Marokko und Georgien sollen zu sicheren Herkunftsstaaten erklärt werden
- Es sollen Flüchtlingsabkommen mit Staaten Afrikas sowie des Nahen und Mittleren Ostens nach dem Vorbild des EU-Türkei Abkommens geschlossen werden
- Einführung eines Migrationsmonitorings
- Entwicklungszusammenarbeit auf Augenhöhe
- Marshallplan für Afrika und faire Handelsabkommen

- Reform des Dublin-Systems, die das Recht auf Asyl vollumfänglich gewährt
- Regeln zur Verteilung ankommender Menschen
- Vereinheitlichung und Beschleunigung von Asylverfahren
- Einheitliche Regeln für legale Zuwanderung
- Ein Konzept für humanitäre Visa erstellen
- Bekämpfung von Fluchtursachen durch eine faire Handels-, Agrar- und Fischereipolitik sowie eine wirkungsvolle Entwicklungszusammenarbeit
- Einführung eines europäischen Integrations- und kommunalen Entwicklungsfonds

- Gemeinsames europäisches Einwanderungsrecht für legale (Arbeits-)Migration
- Einheitliches Europäisches Asylsystem mit solidarischem Verteilmechanismus
- Sichere und legale Fluchtwege schaffen
- Faire, ökologische und gerechte Handelspolitik sowie ökologische Agrarwende zur Bekämpfung von Fluchtursachen
- Partnerschaft auf Augenhöhe mit Afrika mit Fokus auf nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung durch sozialökologische Investitionen
- Aufbau eines europäisch organisierten und finanzierten zivilen Seenotrettungssystems
- Einrichtung eines kommunalen Integrationsfonds zur Unterstützung von Kommunen und Regionen bei der Aufnahme und Integration von Geflüchteten

- Einheitliches europäisches Asyl-, Flüchtlings- und Einwanderungsrecht, das klar zwischen Flucht, Asyl und arbeitsbezogener Einwanderung unterscheidet und auf einem kriterienbasierten Punktesystem beruht
- Gemeinsames Europäisches Asylsystem für bessere gemeinsame Standards und Prozesse für die Registrierung, Antragsbearbeitung und – bescheidung, einen neuen Krisenmechanismus sowie die Verteilung von Flüchtlingen nach einem verbindlichen europaweiten Verteilungsschlüssel
- Umfassende operative, technische, personelle und finanzielle Unterstützung für Staaten, die in Krisensituationen in besonderem Umfang Zuflucht gewähren
- Sichere Fluchtwege für politisch Verfolgte
- Einrichtung humanitärer Schutzzonen unter der Aufsicht des UNHCR und/oder der EU für ein Asylverfahren noch vor Einreise nach Europa
- Kohärente Entwicklungszusammenarbeit im Sinne der UN-Nachhaltigkeitsziele mit Fokus auf Rechtsstaatlichkeit, gute Regierungsführung und soziale Marktwirtschaft
- Verpflichtende Integrationskurse zur Vermittlung von Sprachkenntnissen und Werten

- Abschaffung des Dublin-Systems
- Gemeinsame und gerechte Umverteilung der Geflüchteten auf alle EU-Mitgliedstaaten über die EU-Asylagentur EASO
- Einheitliche Standards der Unterbringung und Versorgung von Geflüchteten
- Einrichtung europäischer Asylzentren in Afrika

- EU-weite einheitliche Schutzstandards auf hohem Niveau für Asylsuchende
- Faire Verteilung von Geflüchteten in der EU mittels europäischer Fluchtumlage
- Sichere und legale Flucht- und Einreisewege schaffen
- Umfassende Visa-Liberalisierung
- Legalisierungsinitiativen und effektive Bleiberechtsregelungen für Menschen, die in einem unsicheren Aufenthaltsstatus leben
- Ablehnung von Ausweisungen und Abschiebungen aus der EU
- Verbindliches Recht auf Familiennachzug bereits während des Asylverfahrens
- Kündigung des EU-Deals mit der Türkei und Libyen und Abbruch entsprechender Vertragsverhandlungen
- Einrichtung eines „Europäischen Fonds für Willkommenskommunen“ zur Unterstützung von Kommunen bei der Integration

- Ablehnung eines Gemeinsamen Europäischen Asylsystems und verbindlicher Aufnahmequoten
- Begrenzung der Einwanderung nach Europa
- Asyl- und Zuwanderungspolitik in nationale Zuständigkeit zurückgeben
- Ausstieg Deutschlands aus dem Migrationspakt und dem Flüchtlingspakt der Vereinten Nationen
- Entwicklungspolitik wieder auf nationaler Ebene der Mitgliedstaaten
- Öffnung der EU-Märkte für Güter und Dienstleistungen der Entwicklungsländer und Beendigung der Ausfuhr von subventionierten Produkten in die Entwicklungsländer

#EuropaGrenzenlos

Für den Abbau von Grenzen innerhalb Europas



- Frontex zu einer operativen Grenzpolizei an der europäischen Außengrenze ausbauen
- Ausbau von Europol zu einem Europäischen FBI, wobei die polizeilichen Befugnisse bei den Mitgliedstaaten verbleiben sollen
- Beibehaltung temporärer Binnengrenzkontrollen, solange der EU-Außengrenzschutz nicht in vollem Umfang gewährleistet ist
- Keine Aufnahme weiterer Länder in den nächsten 5 Jahren
- Beitritt erst nach vollständiger und dauerhafter Erfüllung der politischen und wirtschaftlichen Beitrittskriterien
- Bindung der Staaten des Westbalkans an die EU fortführen
- Keine Vollmitgliedschaft der Türkei, sondern eine enge Partnerschaft

- Die Grenzkontrollen innerhalb der EU sollen an den Binnengrenzen des Schengen-Raumes schnellstmöglich eingestellt werden
- Erweiterung der EU um die Staaten des Westbalkans, sobald sie die festgelegten Kriterien erfüllen

- Einrichtung eines Europäischen Kriminalamtes mit eigenen Ermittlungsteams
- Zusätzliche Kompetenzen für eine künftige Europäische Staatsanwaltschaft
- Einrichtung einer europäischen Behörde zur Bekämpfung von Geldwäsche
- Einführung eines europaweiten Austauschprogramms für Polizistinnen und Polizisten
- Engagierte und tiefgreifende Zusammenarbeit mit möglichst vielen gesellschaftlichen Akteurinnen und Akteuren des Westbalkans zur Mitgestaltung der nötigen Reformprozesse
- Eröffnung der EU-Beitrittsverhandlungen mit Albanien und Nordmazedonien

- Weiterentwicklung von Frontex zu einer echten europäischen Grenzschutzbehörde, die dem Europäischen Parlament gegenüber rechenschaftspflichtig sein soll
- Weiterentwicklung von Europol zum Europäischen Kriminalamt
- Rückkehr zur Reisefreiheit im Schengen-Raum
- Erhaltung einer Beitrittsperspektive für die Länder des Westbalkans

- Stärkung des gemeinsamen europäischen Außengrenzschutzes durch den Ausbau von Frontex
- Bessere Kooperation zwischen den Polizei- und Justizbehörden der Mitgliedstaaten
- Europäische Sicherheitsagenturen OLAF, Europol und Eurojust mit weitreichenden Handlungsbefugnissen ausstatten
- Gemeinsame grenzübergreifende Aus- und Fortbildung der Polizei im Rahmen von CEPOL
- Parlamentarische Kontrolle der europäischen Sicherheitsagenturen durch das Europäische Parlament
- Einführung der Mehrheitsentscheidung in Erweiterungsfragen
- Intensiver Einbezug aller gesellschaftlichen Interessengruppen und Volkabstimmungen bei weiteren EU-Beitritten
- Fortführung der Verhandlungen mit den Westbalkanstaaten

- Frontex auflösen und durch ein ziviles europäisches Seenotrettungsprogramm ersetzen

- Für die Sicherung der EU-Außengrenzen sollen die betroffenen Staaten national selbst zuständig sein
- Dauerhafte Wiedereinführung nationaler Grenzkontrollen
- Ablehnung einer europäischen Staatsanwaltschaft
- Ablehnung einer EU-Staatsangehörigkeit
- Sofortiger Abbruch der Beitrittsverhandlungen der EU mit der Türkei und Einstellung der finanziellen Heranführungshilfen

#VerteidigungEU

Europäische Außen- und Sicherheitspolitik stärken



- Mehrheitsentscheidungen in der Außen- und Sicherheitspolitik statt des Einstimmigkeitsprinzips
- Ausbau der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit
- Gemeinsame europäische Streitkräfte bis 2030
- Gemeinsame Rüstungsprojekte und Rüstungsbeschaffung fördern
- Aufbau einer europäischen Eingreiftruppe mit den europäischen Partnern, die dazu willens und fähig sind
- Aufbau einer schlagkräftigen Cyber-Brigade zur Abwehr von Cyber-Attacken, Terrorismus, Bedrohung kritischer Infrastruktur und Desinformation
- Schaffung eines europäischen Sicherheitsrates unter Einbezug Großbritanniens
- Zusätzlicher, gemeinsamer ständiger Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

- Das Amt des/der „Hohen Vertreters/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ zu einem/einer europäischen Außenminister/in fortentwickeln
- Das Einstimmigkeitsprinzip bei außenpolitischen Entscheidungen abschaffen
- Aufbau einer gemeinsamen, parlamentarisch kontrollierten europäischen Armee
- Aufbau einer gemeinsamen Rüstungsbeschaffungspolitik
- Europäische Regelung für Rüstungsexporte und keine Rüstungsexporte in Krisengebiete
- Schaffung eines neuen zivilen „Europäischen Stabilisierungscorps“ zur Stärkung der zivilen Sicherheits- und Verteidigungspolitik
- Erstellung einer europäischen Strategie für Cyber-Sicherheit
- Die deutsche Mitgliedschaft im UN-Sicherheitsrat 2019 und 2020 soll als europäische Mitgliedschaft gestaltet werden

- Gemeinsame europäische Sicherheitsunion und Ausbau der verstärkten Zusammenarbeit der Streitkräfte der EU
- Parlamentarische Kontrolle der gemeinsamen Verteidigungsprojekte durch das Europäische Parlament
- Stopp von Rüstungsexporten in Kriegs- und Krisengebiete und gemeinsame Rüstungsexportkontrolle in der EU mit Sanktionsmöglichkeiten
- Verdopplung der Mittel für zivile Krisenprävention
- Sitz für die Europäische Union im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

- Das Amt des/der „Hohen Vertreters/Hohen Vertreterin der Union für Außen- und Sicherheitspolitik“ soll zu einem/einer echten „EU-Außenminister/in“ gestärkt werden
- Aufbau einer Europäischen Armee unter gemeinsamem Oberbefehl und unter parlamentarischer Kontrolle
- Enge Verzahnung und Ausbau gemeinsamer Fähigkeiten der Streitkräfte
- Gemeinsame Entwicklung und Beschaffung von Waffensystemen
- Harmonisierung der Rüstungsexportregeln in Europa
- Investitionen in die Weiterentwicklung der zivilen Friedensexpertise und Bereitstellung von Instrumenten zur Finanzierung von zivilen Maßnahmen zur Krisenprävention, Konfliktbearbeitung und Friedensförderung
- Enge Zusammenarbeit Deutschlands mit Frankreich, Polen und den Niederlanden in der Verteidigungsunion
- Einrichtung eines Europäischen Sicherheitsrates als Plattform für sicherheitspolitische Debatten
- Ein ständiger europäischer Sitz im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen

- Aufbau einer Europäischen Armee unter vollständiger Kontrolle des Europäischen Parlamentes
- Einführung einer/eines europäischen Wehrbeauftragten mit vergleichbaren Zuständigkeiten wie die/der Wehrbeauftragte der Bundeswehr
- Ausbau der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit durch ein formales Gremium der europäischen Verteidigungsminister und -ministerinnen auf EU-Ebene und einen Ausschuss für Fragen der Verteidigung im Europäischen Parlament
- Gemeinsames Aus-, Fort- und Weiterbildungskonzept multinationaler Verbände in Europa
- Gemeinsames Cyberabwehrzentrum der EU in enger Zusammenarbeit mit dem NATO-Cyberabwehrzentrum in Tallinn

- Auflösung der Verteidigungsagentur der EU und der Ständigen Strukturierten Zusammenarbeit
- Abrüstung der konventionellen Streitkräfte
- EU-Rüstungsagentur abschaffen und durch Abrüstungsagentur ersetzen
- Stopp aller Rüstungsexporte in Krisen- und Kriegsgebiete
- Beschränkung der EU auf zivile Konfliktlösungskapazitäten und Einrichtung eines europäischen zivilen Friedensdienstes
- Internationale Ächtung vollautonomer Waffensysteme
- Austritt der Bundesrepublik aus den militärischen Strukturen der NATO

- Ablehnung der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik und des europäischen Auswärtigen Dienstes, dafür mehr zwischenstaatliche Abstimmung
- Ablehnung eines europäischen Verteidigungsfonds und einer europäischen Friedensfazilität
- Erneuerung der Einsatz- und Bündnisfähigkeit der Bundeswehr
- Zügige Anpassung des deutschen Wehretats an das 2%-Ziel der NATO
- Aussetzung der Wehrpflicht aufheben

#BinnenmarktEU

Für einen Binnenmarkt der Zukunft



- Strikte Einhaltung der Regeln des Stabilitäts- und Wachstumspakts sowie des Fiskalvertrags, wobei Verstöße sanktioniert werden müssen
- Einsetzung eines/einer europäischen Finanzministers/-ministerin wird abgelehnt
- Weiterentwicklung der Bankenunion und der Kapitalmarktunion
- Gemeinsame Körperschaftsteuer-Bemessungsgrundlage
- Europäische Finanztransaktionssteuer mit breiter Bemessungsgrundlage und niedrigem Steuersatz
- Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds
- Entwicklung von Plattformen und Instrumenten zur effektiven, intelligenten und sicheren Verarbeitung von Daten
- Einrichtung eines Innovations-Boards auf EU-Ebene zur Überarbeitung der Datenschutzgrundverordnung
- Einrichtung eines europäischen Zukunftsfonds zur besseren Start-Up-Finanzierung
- Neue Verhandlungsrunde in der Welthandelsorganisation zum weiteren Abbau internationaler Handelshemmnisse
- Neuer Anlauf für ein Handelsabkommen mit den USA
- Abschluss weiterer Handelsabkommen mit Australien, Neuseeland, Vietnam und den Mercosur-Staaten

- Einrichtung einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum unter politischer Führung eines/einer europäischen Wirtschafts- und Finanzministers/-ministerin
- Europäische Bemessungsgrundlage für die Erhebung der Körperschaftsteuer bei Unternehmen
- Einführung von Mindeststeuersätzen
- Europäische Besteuerung der digitalen Wirtschaft
- Finanztransaktionssteuer in Europa nach dem französischen Modell
- Einstimmigkeitsprinzip bei Steuerfragen im Rat abschaffen
- Mehr gemeinsame industriepolitische Modellprojekte
- Verbindliche Regelungen für eine soziale, ökologische und transparente Gestaltung des Welthandels

- Vollendung der Bankenunion
- Einheitliche europäische Unternehmenssteuer inklusive fairer Mindeststeuersätze
- Einführung einer am Umsatz orientierten europäischen Digitalsteuer
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Überführung des Europäischen Stabilitätsmechanismus in einen vollwertigen Europäischen Währungsfonds
- Gründerförderung durch einen Start-Up-Pass und durch Start-Up-Visa
- Handelsabkommen müssen transparent und demokratisch verhandelt werden
- Verankerung des Pariser Klimaschutzabkommens und des Vorsorgeprinzips in allen Handelsverträgen der EU

- Vollendung des Europäischen Binnenmarktes, insbesondere des gemeinsamen Binnenmarktes für Digitales und Energie
- Ablehnung einer europäischen Finanztransaktionssteuer und der Zuweisung eigener Steuern an die europäische Ebene
- Einführung eines Europäischen Währungsfonds intergouvernementaler Natur
- Einsatz europäischer Forschungsmittel zur Erforschung von Datenschutztechnologien und -infrastruktur
- Rahmenbedingungen für Start-Ups verbessern

- Vollendung des digitalen Binnenmarktes
- Angemessene Besteuerung von international tätigen Unternehmen und Internetkonzernen
- Einführung einer europäischen Finanztransaktionsabgabe
- Auflösung des Europäischen Stabilitätsmechanismus und keine Weiterentwicklung zu einem Europäischen Währungsfonds
- Effektive Abkommen mit anderen Ländern und Weltregionen für den Schutz des Datenaustauschs auf hohem europäischen Niveau abschließen
- EU-Förderung am Mittelstand ausrichten und Start-Ups fördern
- Sicherstellung einer Mittelstand-Tauglichkeit bei EU-Gesetzen
- Wertbasierte Neubegründung der europäischen Handelspolitik insbesondere im Handel mit Afrika hin zu fairen und nachhaltigen Abkommen

- EU-weiter Mindeststeuersatz für Unternehmen mit einheitlichen Bemessungsgrundlagen
- Europäische Digitalsteuer
- Koordinierte europäische Industriestrategie mit einheitlichen Vorgaben für den Rahmen für Fördermittel der EU-Fonds
- Stärkerer europäischer Datenschutz zum Schutz der Persönlichkeitsrechte
- Europäische Handelsabkommen mit sozialen, demokratischen und ökologischen Mindeststandards
- Freihandelsabkommen (EPAs) mit afrikanischen, karibischen und pazifischen Staaten müssen gestoppt werden

- Gegen eine Weiterverfolgung der Bankenunion
- Wiedereinführung der nationalen Währung
- Ablehnung einer europäischen Unternehmenssteuer
- Einführung einer Finanztransaktionssteuer
- Keine Weiterentwicklung des Europäischen Stabilitätsmechanismus zu einem Europäischen Währungsfonds, sondern eine sukzessive Beendigung
- Handelsvereinbarungen sind vorzugsweise im Rahmen der Welthandelsorganisation abzuschließen
- Förderung des Freihandels und Entgegenwirken bei protektionistischen Bestrebungen
- Ausbau von Importbeschränkungen der EU im nichttarifären Bereich

#UmweltEU

EU-Politiken fit machen für die Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele und des Klimaabkommens



- Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 in Europa
- Konkretisierung und Umsetzung der Ergebnisse der UN-Klimakonferenzen von Paris und Kattowitz
- Globale Bepreisung der Treibhausgasemissionen, notfalls zunächst auf Ebene der G20-Staaten
- Europaweite Strategie zur Vermeidung von Plastik auflegen und internationale Abkommen zur Plastikvermeidung abschließen

- Anhebung des europäischen Klimaschutzzieles auf 45% Treibhausgasminderung bis 2030 und Treibhausgasneutralität bis 2050
- Einführung eines CO2-Preises für die Sektoren, die nicht vom Emissionshandel erfasst sind
- Europäischen Energiebinnenmarkt durch Ausbau der Infrastruktur stärken
- 50%-ige Reduzierung der Plastikmüllinträge bis 2030
- Europaweites Verbot von Einwegplastikartikeln und Mikroplastik in Kosmetika
- Neue europäische Tierschutz-Strategie: besserer Schutz bei Tiertransporten und ein Verkaufsverbot von Haustieren im Internet

- Ausstieg aus Kohle, Atomkraft und sonstiger fossiler Energie bis 2050
- Einführung eines Programms, das Arbeitnehmerinnen/Arbeitnehmer in Kohleausstiegsregionen unterstützt
- Einhaltung der Ziele des Pariser Klimaschutzabkommens und Berücksichtigung selbiger in der Außen-, Sicherheits-, Friedens- und Entwicklungspolitik
- Investitionen in intelligente Stromnetze für erneuerbare Energien, einen transeuropäischen Netzausbau und in Energiespeicher
- Verbot von Mikroplastik in Kosmetika, Körper- und Pflegeprodukten
- Ab 2030 müssen alle Kunststoffprodukte wiederverwendbar, komplett abbaubar oder kosteneffizient recyclebar sein
- Einführung einer EU-weiten Plastiksteuer auf Wegwerfprodukte
- EU-weites einheitliches Pfandsystem für Einweggetränkeflaschen
- Verbot von Glyphosat und giftigen Pestiziden
- Entwicklung einer Ausstiegsstrategie für das Ende von Tierversuchen

- Europäische Klimapolitik, die sich zur Nachhaltigkeitsagenda 2030 der Vereinten Nationen und zum Pariser Klimaabkommen bekennt
- Vollendung des Europäischen Energiebinnenmarktes
- Gemeinsame europäische Energieaußenpolitik: Energieinfrastrukturprojekte sollen von der Kommission verhandelt werden
- Einführung einheitlicher europäischer Tierschutzstandards

- Europäische Energiewende und keine weitere Förderung von Atom- und Kohlestrom
- Konsequente Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele und des Pariser Klimaschutzabkommens
- Deutliche Reduzierung der Menge der Kunststoffabfälle

- Kohleausstieg europaweit bis 2030 abschließen
- Anteil erneuerbarer Energien bis 2040 auf 100% erhöhen
- Sofortiger Ausstieg aus der Atomenergie
- Einführung einer Kohlenstoffsteuer
- Verbindliche Umsetzung der Nachhaltigen Entwicklungsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen
- Die EU-Plastikstrategie soll die Verwendung von Kunststoffen so weit wie möglich gegen Null führen und die Verwendung von Mikroplastik verbieten
- Keine Verlängerung der Zulassung für Glyphosat
- Verbindliche Kriterien für eine tier- und umweltgerechte Tierhaltung und drastische Einschränkung von Lebendtiertransporten

- Ablehnung der Pariser Klimavereinbarung
- Kohle-, Kern- und Gaskraftwerke sollen in Betrieb bleiben
- Ablehnung aller EU-Maßnahmen, die die Reduzierung von CO2-Emissionen mit dem Schutz des Klimas begründen
- Einstellung des Handels mit CO2-Zertifikaten
- Beschränkung von Tiertransporten auf eine Dauer von 6 Stunden
- Verbot des Exports lebender Schlachttiere in Länder außerhalb der EU-Außengrenzen

#TransparenzEU

Gute EU-Rechtsetzung braucht Transparenz und Gründlichkeit



- Verbindliches Lobbyregister für alle EU-Institutionen

- Bei Gesetzgebungsverfahren sollen Fristen eingeführt werden, bis zu denen eine öffentliche Debatte im Rat stattgefunden haben muss
- Alle Mitgliedstaaten sollen im Rat offenlegen, wofür sie in Brüssel eintreten
- Verbindliche Lobbyregister für alle EU-Institutionen und striktere Karenzzeiten
- Weiterentwicklung der bestehenden Verordnung über den Zugang der Öffentlichkeit zu Dokumenten der EU zu einer umfassenden EU-Transparenzverordnung

- Alle Sitzungen des Europäischen Rates, des Ministerrats und aller anderen zwischenstaatlichen EU-Gremien sollen live übertragen werden und deren Sitzungsprotokolle und Dokumente online veröffentlicht werden

- In den Verhandlungen mit EU-Kommission und Ministerrat ist höchste Transparenz gefordert
- Schlupflöcher im EU-Lobbyregister schließen und die Einflussnahme von Interessengruppen auf Kommission, Europäisches Parlament und Ministerrat transparent machen

- Verbindliche Lobby- und Transparenzregister
- Strikte Wartezeit für Mitglieder der Kommission vor einem Wechsel in privatwirtschaftlich organisierte Unternehmen
- Verbot von Parteiensponsoring und Spenden von Unternehmen und Lobbyisten an Parteien

- Verpflichtendes Lobbyregister
- Dreijährige Karenzzeit beim Wechsel von Abgeordneten und EU-Funktionsträgerinnen und Funktionsträgern zwischen Politik und Wirtschaft
- Mehr Transparenz durch Veröffentlichungspflicht aller in den EU-Institutionen anfallenden Daten nach Vorbild des Hamburger Transparenzgesetzes
- Uneingeschränkte Veröffentlichung der Nebentätigkeiten der Abgeordneten und EU-Funktionsträgerinnen und Funktionsträger